

Monatlich ein bis zwei Frauen

Neue Zahlen des Bundes 20 Frauen und Mädchen starben letztes Jahr durch die Hand ihres Partners oder eines Familienmitglieds. Was uns der Tod einer Ex-Miss-Schweiz-Kandidatin über den Umgang mit dem Thema lehrt – und wie die Politik reagiert.

Jacqueline Büchi
und Patrick Meier

Dominique Rinderknecht fällt es schwer, die passenden Worte zu finden. «Zu sagen, ich sei fassungslos gewesen, klingt irgendwie abgedroschen», sagt die ehemalige Miss Schweiz, die heute in Südafrika lebt. «Aber vielleicht trifft es das doch am besten.» Die 34-Jährige spricht von dem Moment, als sie vom Tod von Dana M. (Name geändert) erfuhr.

M., selbst eine frühere Miss-Schweiz-Kandidatin und Unternehmerin, wurde im Februar tot in ihrem Haus in Binningen, Baselland, gefunden. Die Staatsanwaltschaft geht von einem Tötungsdelikt aus. Mutmasslicher Täter ist ihr Ehemann, der seither in Untersuchungshaft sitzt. Das Paar hatte zwei gemeinsame Kinder.

Rinderknecht, die in ihrer Zeit als Miss praktisch täglich Kontakt mit der fünf Jahre älteren M. hatte, las in einem Onlineartikel vom Verbrechen – ihr Vater hatte ihr den Link geschickt. Bald riefen auch zwei, drei Journalistinnen und Journalisten an, um mit ihr darüber zu sprechen. Doch das Medienecho blieb aus.

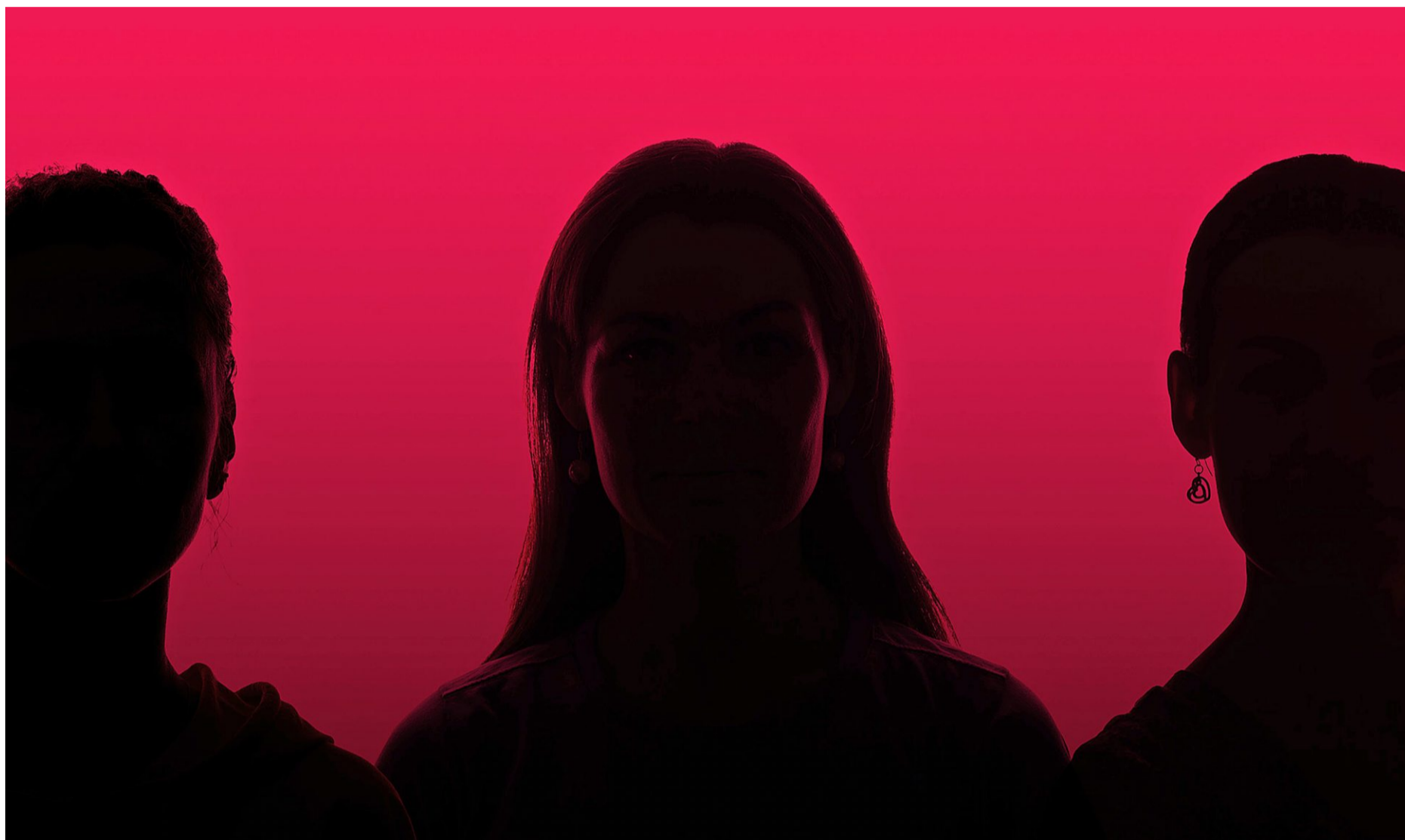
20 tote Frauen im letzten Jahr

Der gedruckte «Blick» widmete der Tat einen kleineren Bericht auf Seite neun. Lokalzeitungen vermeldeten das Ereignis kurz. Die meisten grösseren, überregionalen Titel verloren darüber kein Wort. Rinderknecht sagt, sie habe zuletzt keinen engen Kontakt zu Dana M. mehr gehabt. «Als gesellschaftlich engagierte Person hat mich aber beschäftigt, wie wenig die Medien über solche Fälle berichten.»

Fakt ist: In der Schweiz sterben monatlich ein bis zwei Frauen durch die Hand ihres Partners, Ex-Partners, eines Elternteils oder eines anderen Familienmitglieds. Für das vergangene Jahr verzeichnete das Bundesamt für Statistik 25 Tötungsdelikte im Bereich der häuslichen Gewalt. 16 der Opfer waren Frauen, vier Mädchen und fünf Männer. Dazu kommen 63 versuchte Tötungen. Die Zahlen bewegen sich damit in einer ähnlichen Grössenordnung wie in den Jahren davor.

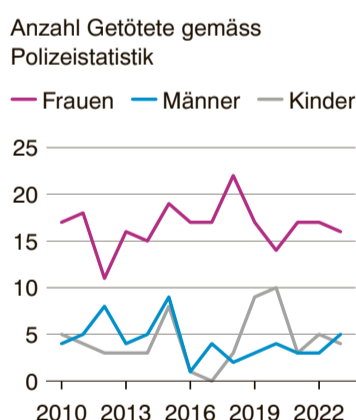
Als Rinderknecht diese Daten zum ersten Mal begegnen, meint sie, sich verhöhrt zu haben. «So viele Frauen werden jedes Jahr in der Schweiz getötet? Das ist doch krass!» Nicht nur ihr geht es so. Viele Fachleute stellen fest, dass die Dimension des Problems in der Öffentlichkeit unterschätzt wird.

Pia Allemann ist Co-Geschäftsleiterin der Beratungsstelle für Frauen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft (BIF). Sie sagt, in der gesellschaftlichen Debatte sei in den vergangenen Jahren einiges gegangen. 2018 hat die Schweiz die sogenannte Istanbul-Konvention unterzeichnet, ein Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. «Seither ist das Thema etwas präsenter, und in den Medien liest man seltener problematische Begriffe wie «Familiendrama», so Allemann. Ein «Drama» gehöre ins Theater



Viele Fachleute stellen fest, dass das Problem der Frauenmorde in der Öffentlichkeit unterschätzt wird. Collage: Thomas Weyres, Fotos: Getty Images (3)

Todesopfer durch häusliche Gewalt



Grafik: pat • Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

– die Ermordung einer Frau sei ein schweres Verbrechen.

Überwachung von möglichen Tätern und Opfern

Trotz der Fortschritte empfindet die Fachfrau den öffentlichen Umgang mit dem Thema immer noch als ungenügend. Sie sagt, Gewalt an Frauen werde in unserer Gesellschaft systematisch verharmlost: «Das traditionelle Bild der Familie ist tief in den Köpfen verankert. Man sagt sich: Was in den vier Wänden anderer Leute geschieht, geht mich nichts an.»

Dies beeinflusse etwa das Verhalten von Nachbarinnen und Nachbarn, die manchmal nicht zu reagieren wagten, wenn sie Zeugen von Gewalt würden. Oder jenes der Medienschaffenden, die meist viel offensiver berichteten, wenn eine Frau von einem Unbekannten getötet worden sei, als wenn der Partner der Täter sei. Und schliesslich habe auch die Politik das Thema lang vernachlässigt.

Letzteres ändert sich gerade. Derzeit arbeiten der Bund und die Kantone an der Umsetzung eines ganzen Massnahmenpakets: Ab nächstem Jahr soll es in der ganzen Schweiz eine zentrale Telefonnummer geben, an die sich Gewaltbetroffene rund um die Uhr wenden können. Zudem wollen die Kantone ihre Strukturen ausbauen, um Risikofälle frühzeitig zu erkennen.

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) koordiniert die Umsetzung der Massnahmen im Auftrag des Bundes. Gian Beeli, Leiter des Bereichs Gewalt beim EBG, sagt: «Ein Mord an einer Frau passiert praktisch nie aus heiterem Himmel. In den allermeisten Fällen gibt es Warnzeichen wie Drohungen oder Stalking.»

Oft seien diese Vorfälle – isoliert betrachtet – juristisch nicht sehr schwerwiegend. «Erst wenn die verschiedenen Behörden einen Fall gesamthaft betrachten, eine gute Risikoabschätzung machen und Informationen austauschen, können sie die Situation richtig einordnen und allenfalls Schutzmassnahmen ergreifen.» Dieses Bedrohungsmanagement soll künftig in allen Kantonen einheitlichen Standards entsprechen. Bis November hatten zehn Kantone die Vorgaben vollständig umgesetzt, wie eine Auswertung zeigt.

Im Kanton Zürich läuft noch bis Juli ein Pilotprojekt, bei dem sowohl der potenzielle Täter als auch das potenzielle Opfer elektronisch überwacht wird. Kommen sich die beiden Personen zu nahe, geht in der Überwachungszone ein Alarm los. Angedacht ist, dass das Electronic Monitoring künftig auch in den ande-

ren Kantonen angewendet wird. Beeli sagt: «Wir werden vielleicht nie alle Todesfälle verhindern können. Aber es ist unbestritten, dass mit den richtigen Massnahmen Leben gerettet werden können.»

Spanien: Datenbank zu geschlechtsbezogener Gewalt

Für Pia Allemann vom BIF reichen diese Massnahmen nicht. Was eigentlich möglich wäre, zeige Spanien – die Bekämpfung häuslicher Gewalt gilt dort seit rund zwanzig Jahren als politische Priorität. Seither sind die Fallzahlen stark gesunken.

Vergangenes Jahr reiste eine offizielle Delegation aus der Schweiz nach Spanien, um sich das Modell anzuschauen – Allemann war auch dabei. Sie sagt: «Mich hat beeindruckt, dass es dort Polizeieinheiten, Staatsanwaltschaften und Gerichte gibt, die sich auf geschlechterspezifische Gewalt spezialisiert haben.» Das Land führt zudem eine zentrale Datenbank zu geschlechtsbezogener Gewalt.

Hilfe bei häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt umfasst nicht nur körperliche, sondern auch psychische oder sexuelle Gewalt. Hier finden Betroffene und Drittpersonen Hilfe:

- Im Notfall: die Polizei alarmieren (Tel. 117), medizinische Hilfe anfordern (Tel. 144).
- Die Opferhilfe Schweiz bietet für Betroffene und deren Umfeld in jedem Kanton kostenlose, vertrauliche und anonyme Beratung.
- Weibliche Betroffene finden in den Frauenhäusern Zuflucht, für Männer bietet der Verein Zwüschenthal entsprechende Plätze an. (red)

Dies fordern Aktivistinnen und linke Politikerinnen auch für die Schweiz. Sie kritisieren, Morde an Frauen würden heute vom Bund ungenügend erfasst. Es brauche eine Femizid-Statistik.

Als Femizid definiert die UNO-Frauenorganisation die Tötung einer Frau aus geschlechterspezifischen Gründen – und zwar unabhängig davon, ob sich die Tötung im öffentlichen oder häuslichen Bereich ereignet. Auch die Ermordung einer Prostituierten fällt in diese Kategorie. Kritikerinnen und Kritiker wenden ein, der Begriff «Femizid» sei schwammig. Eine eindeutige Definition fehle. Zudem gebe es in der Schweiz keinen entsprechenden Straftatbestand.

Weil der Bund keine separate Statistik führt, ist das Projekt «Stop Femizid» entstanden. Die Gründerinnen versuchen seit mittlerweile vier Jahren, Frauenmorde in der Schweiz anhand von Medienberichten zu dokumentieren. Der letzte Eintrag stammt von vergangener Woche: «25. März 2024, Frauenfeld, Thurgau. Die Frau wurde 74 Jahre alt». Etwas mehr als eine Woche davor starb eine 40-jährige Frau in Vevey. Rund 80 vollendete Tötungen haben die Aktivistinnen in den letzten vier Jahren anhand von Medienberichten zusammengetragen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Bund hat für nächstes Jahr eine Zusatzauswertung in Aussicht gestellt: Alle häuslichen Tötungsdelikte der letzten fünf Jahre sollen detailliert auf die Lebensumstände von Opfern und Tatverdächtigen, auf die Motive und die näheren Tatumstände untersucht werden.

Gian Beeli sagt, auf diese Weise wolle man mehr darüber er-

fahren, welche Rolle die psychische und die finanzielle Situation der Tatpersonen spielten. Auch Faktoren wie ein allfälliger Alkohol- und Drogenkonsum oder die Verfügbarkeit von Schusswaffen würden untersucht.

Aus der Literatur ist bereits einiges über die Risikofaktoren bekannt. Beeli sagt, häufig komme es in Trennungssituationen zu schwerer Gewalt. Entgegen dem Klischee seien zudem Personen aus allen Gesellschaftsschichten betroffen. Dies illustriert etwa der Mord an Corinne Rey-Bellet: Die Schweizer Skirennfahrerin wurde 2006 von ihrem Ehemann getötet, nachdem sich das Paar einige Tage zuvor getrennt hatte. Der Fall sorgte landesweit für Bestürzung. Seither erlebten in der Schweiz auch weitere prominente Frauen Gewalt in der Partnerschaft. Über ihre Fälle berichteten die meisten Medien, aus Gründen der Privatsphäre, deutlich zurückhaltender.

Pia Allemann sagt: «Selbstverständlich gilt es, die Privatsphäre der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu akzeptieren.» Grundsätzlich finde sie es jedoch wichtig, die Geschichte gewaltbetroffener Frauen in den Medien zu erzählen – und zwar aus der Opferperspektive. «Andere Personen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, fassen dadurch vielleicht den Mut, sich Hilfe zu holen.»

Über dieses Dilemma hat auch Dominique Rinderknecht nachgedacht. Sie sagt: «Ich habe in meinem Umfeld auch schon andere Fälle von Gewalt in der Beziehung miterlebt – in einem Fall landete das Opfer im Spital.» Es sei wichtig, dass diese Menschen merken, dass sie nicht allein seien mit ihrer Erfahrung.